

Protokoll

über die öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Trittau am Donnerstag, den 30.01.2014, 19.30 Uhr, im Verwaltungsgebäude in Trittau.

Anwesend sind: Marion Schiefer, Bürgervorsteherin
Bürgermeister Walter Nussel

Die Gemeindevertreter/innen

Jens Hoffmann
Ulrike Lorenzen
Ulf Zingelmann
Harald Martens
Nadine Zingelmann
Martin Pentz
Claudia Ludwig
Christian Winter
Ute Welter-Agatz
Peter Lange
George Gericke
Max Mann
Sven Faustmann
Detlef Ziemann
Christian Graap
Michael Amann
Peter Sierau

Es fehlt entschuldigt: Sabine Paap

Außerdem anwesend: Gaby Pulst, Europabeauftragte
Jens Borchers, Protokollführer

Die Vorsitzende eröffnet um 19.33 Uhr die Sitzung, begrüßt die Erschienenen und stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Die Vorsitzende macht darauf aufmerksam, dass Anträge zur Tagesordnung gemäß Geschäftsordnung 14 Tage vor dem Sitzungstermin schriftlich einzureichen sind. Bezüglich der Neubesetzung von Ausschusssitzen wurde – auch aufgrund einer bereits mündlich erfolgten Ankündigung eines Antrages – bei der heutigen Sitzung eine Ausnahme gemacht, um die Nachwahl schnellstmöglich durchführen zu können. Des Weiteren bittet die Vorsitzende, Befangenheit vor Eintritt der Beratung des entsprechenden Tagesordnungspunktes mit Fingerzeig eindeutig anzuzeigen, damit der Grund des Verlassens des Sitzungsraumes eindeutig zugeordnet werden kann.

GV Hoffmann bittet aufgrund weiteren Beratungsbedarfes in der CDU-Fraktion, TOP 9 von der Tagesordnung abzusetzen, um eine weitere Fraktionsberatung zu ermöglichen. Dieses sei angesichts der außerplanmäßigen Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 14.01.2014 ursprünglich so vereinbart worden.

Er stellt den Antrag:

Tagesordnungspunkt 9 ist von der Tagesordnung zu nehmen.

Stimmenverhältnis: 8 Ja-Stimmen
9 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Einwände gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

T a g e s o r d n u n g:

1. Einwohnerfragestunde
2. Einwendungen gegen das Protokoll der Sitzung vom 17.12.2013
3. Bericht des Bürgermeisters
4. Bericht der Europabeauftragten
5. Bericht über Berufe oder andere vergütete oder ehrenamtliche Tätigkeiten der Mitglieder der gemeindlichen Gremien
6. Bericht über die eingegangenen Spenden im Jahr 2013
7. Bestätigung der Wahl des stellvertretenden Gemeindeführers
8. Neubesetzung von Ausschüssen:
 - a) Nachwahl von zwei Mitgliedern im Finanz- und Wirtschaftsausschuss
 - b) Nachwahl eines stellv. Mitgliedes im Finanz- und Wirtschaftsausschuss
 - c) Nachwahl eines Mitgliedes im Hauptausschuss
 - d) Nachwahl eines Mitgliedes im Sozial-, Sport- und Kulturausschuss
 - e) Nachwahl eines stellv. Mitgliedes im Sozial-, Sport- und Kulturausschuss
 - f) Nachwahl eines stellv. Mitgliedes im Planungsausschuss
 - g) Nachwahl eines stellv. Mitgliedes im Amtsausschuss
 - h) Nachwahl eines stellv. Mitgliedes in der Schulverbandsversammlung Trittau
 - i) Nachwahl der Vorsitzenden/des Vorsitzenden des Finanz- und Wirtschaftsausschusses
9. Klimaschutzkonzept
 - a) Antrag der BGT-Fraktion
 - b) Beschluss über das Klimaschutzkonzept
 - c) Beschluss über Einstellung einer/eines Klimaschutzmanagerin/Klimaschutzmanagers
10. Bebauungsplan Nr. 31., 5. vereinfachte Änderung
Gebiet: Nördlich Großenseer Straße (L 93), südwestlich Carl-Zeiss-Straße, beidseitig Nikolaus-Otto-Straße;
hier: Auswertung der zur öffentlichen Auslegung (Dezember 2013/Januar 2014) abgegebenen Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss
11. 29. Änderung des Flächennutzungsplanes
Gebiet: Südlich Rausdorfer Straße (L 160), rückwärtig der Grundstücke Rausdorfer Straße 63 bis 73 (ungerade Hausnummern);
hier: Auswertung der zur erneuten öffentlichen Auslegung (Dezember 2013/Januar 2014) eingegangenen Stellungnahmen sowie abschließender Beschluss
12. Anfragen und Mitteilungen
13. Einwohnerfragestunde (zu vorangegangenen Tagesordnungspunkten)

Ein Einwohner fragt als betroffener Anwohner zu TOP 11, was Grund für den Verfahrensfehler gewesen sei, weshalb nicht zunächst eine erneute Beratung im Planungsausschuss erfolge und weshalb im Internet zu lesen sei, dass die Änderung bereits am 15.01. veröffentlicht worden sei. GV Ziemann erhält das Wort und erläutert, dass das Bundesverwaltungsgericht die Form der öffentlichen Bekanntmachung in einem Präzedenzfall gerügt habe, dieses betreffe den Bereich der umweltrelevanten Abwägungen. Um in diesem Fall das Verfahren nicht in die Länge zu ziehen, wurde in Anbetracht der zu erwartenden geringen Anzahl von Stellungnahmen von einer erneuten Beratung im Planungsausschuss abgesehen. Dadurch, dass jedoch Einwendungen gekommen sind, sei ein abschließender Beschluss erforderlich. BM Nussel weist darauf hin, dass die Bekanntmachungen bzw. Veröffentlichung von Sitzungsvorlagen im Internet nur nachrichtlich erfolgten und nur informativen Charakter hätten.

(GV Trittau vom 30.01.2014)

2/4

Zu TOP 2: Einwendungen gegen das Protokoll der Sitzung vom 17.12.2013

Einwendungen gegen das Protokoll der Sitzung vom 17.12.2013 werden nicht erhoben.

(GV Trittau vom 30.01.2014)

VZ

Zu TOP 3: Bericht des Bürgermeisters

BM Nussel berichtet über

- ein Schreiben des Schleswig-Holsteinischen Gemeindetages, das über die im Rahmen einer Pressekonferenz gestellte Forderung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes berichtet, den Kommunen angesichts des erheblichen Investitionsstaus eine Sofortentlastung in Höhe von einer Milliarde Euro zur Verfügung zu stellen
- die verkehrsrechtliche Anordnung des Fachdienstes Ordnung und Sicherheit über die Umlegung von Parkplätzen vor dem Verwaltungsgebäude
- die Brandschutzsanierung des Bürgerhauses, die ab Mitte Februar beginnen soll, wobei hinsichtlich der Herstellung des neuen Fundamentes der Außentreppe entsprechende Witterungsverhältnisse abzuwarten sind
- die weiterhin zunehmende Zahl zu erwartender Asylbewerber/innen und die Bemühungen des Amtsvorstehers, gemeinsam mit dem Fachdienst Soziale Hilfen Unterbringungsmöglichkeiten von Seiten des Amtes zu erwerben
- die gestiegene Anzahl von Spenden für das Weihnachtshilfswerk. Der Betrag von 5.315 Euro in 2012 wurde in 2013 um 2.035 Euro überschritten.
- den vom betreffenden Unternehmer zurückgezogenen Antrag auf Kiesabbau in Grande. Die Gemeinde hatte seinerzeit auch Einwendungen hiergegen erhoben.

Zu TOP 4: Bericht der Europabeauftragten

Frau Pulst berichtet über die stattgefundenen und in nächster Zeit noch stattfindenden Begegnungen und Termine hinsichtlich der europäischen Verschwisterungen. Der Bericht ist den Protokollkopien und dem Originalprotokoll beigelegt.

Herr Amann bittet um rechtzeitige Kontaktaufnahme der Musiker aus Frankreich mit dem Musikzug der FF Trittau, falls ein gemeinsames Musizieren gewünscht sei.

(GV Trittau vom 30.01.2014)

Europabeauftragte (Frau Pulst, Frau Behncke)

Zu TOP 5.: Bericht über Berufe oder andere vergütete oder ehrenamtliche Tätigkeiten der Mitglieder der gemeindlichen Gremien

- Sachverhalt vgl. Sitzungsvorlage des Fachdienstes Innere Verwaltung vom 22.01.2014-

BM Nussel weist darauf hin, dass die Mitarbeit in einer gemeindlichen Einrichtung wie der Freiwilligen Feuerwehr nicht anzeigepflichtig sei.

Der Bericht des Bürgermeisters über die Berufe oder andere vergütete ehrenamtliche Tätigkeiten der Mitglieder der Gemeindevertretung und der Ausschüsse wird zur Kenntnis genommen. Die Liste mit den Angaben kann in der Gemeindeverwaltung eingesehen werden.

(GV Trittau vom 30.01.2014)

1/100

Zu TOP 6: Bericht über die eingegangenen Spenden im Jahr 2013

- Sachverhalt vgl. Sitzungsvorlage des Fachdienstes Innere Verwaltung vom 22.01.2014-

Ohne Aussprache ergeht folgender Beschluss:

Der Bericht des Bürgermeisters über die in 2013 an die Kameradschaftskasse der Feuerwehr Trittau und der Jugendfeuerwehr geleisteten Spenden wird zur Kenntnis genommen. Für die Annahme der Spenden erteilt die Gemeindevertretung ihre Zustimmung.

Der Bericht des Bürgermeisters über die in der Zeit vom 25.09.2013 bis 31.12.2013 an die Gemeinde Trittau geleisteten Spenden, die über 50 Euro hinausgehen, wird zur Kenntnis genommen. Für die Annahme der Spenden erteilt die Gemeindevertretung ihre Zustimmung.

Stimmenverhältnis: 18 Ja-Stimmen
- Nein-Stimmen
- Enthaltungen

(GV Trittau vom 30.01.2014)

1/100

Zu TOP 7: Bestätigung der Wahl des stellvertretenden Gemeindeführers

- Sachverhalt vgl. Sitzungsvorlage des Fachdienstes Innere Verwaltung vom 15.01.2014 -

Ohne Aussprache ergeht folgender Beschluss:

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Trittau stimmt der Wahl von Brandmeister Fabian Woggan zum stellvertretenden Wehrführer der Freiwilligen Feuerwehr Trittau zu.

Stimmenverhältnis: 18 Ja-Stimmen
- Nein-Stimmen
- Enthaltungen

(GV Trittau vom 30.01.2014) 1/100

Zu TOP 8: Neubesetzung von Ausschüssen

- a) Nachwahl von zwei Mitgliedern im Finanz- und Wirtschaftsausschuss
 - b) Nachwahl eines stellv. Mitgliedes im Finanz- und Wirtschaftsausschuss
 - c) Nachwahl eines Mitgliedes im Hauptausschuss
 - d) Nachwahl eines Mitgliedes im Sozial-, Sport- und Kulturausschuss
 - e) Nachwahl eines stellv. Mitgliedes im Sozial-, Sport- und Kulturausschuss
 - f) Nachwahl eines stellv. Mitgliedes im Planungsausschuss
 - g) Nachwahl eines stellv. Mitgliedes im Amtsausschuss
 - h) Nachwahl eines stellv. Mitgliedes in der Schulverbandsversammlung Trittau
 - i) Nachwahl der Vorsitzenden/des Vorsitzenden des Finanz- und Wirtschaftsausschusses
-

- Sachverhalt vgl. Sitzungsvorlage des Fachdienstes Innere Verwaltung vom 21.01.2014 sowie Antrag von Bündnis 90 Die Grünen vom 18.01.2014 -

Es wird en bloc gewählt:

- a) Für Herrn Christian Winter wird Herr Swen Faustmann gewählt.
Für Frau Wiebke Maibom wird Frau Sabine Paap gewählt.
- b) Für Frau Sabine Paap wird Frau Wiebke Maibom gewählt.
- c) Für Herrn Swen Faustmann wird Frau Ute-Welter-Agatz gewählt.
- d) Für Herrn Christian Winter wird Frau Ute Welter-Agatz gewählt
- e) Für Frau Ute-Welter-Agatz wird Herr Max Mann gewählt.
- f) Für Herrn Christian Winter wird Frau Claudia Ludwig gewählt.
- g) Für Herrn Christian Winter wird Herr Swen Faustmann gewählt.
- h) Für Herrn Christian Winter wird Herr Peter Lange gewählt.
- i) Als Vorsitzender des Finanz- und Wirtschaftsausschusses wird für Herrn Christian Winter Herr Peter Lange gewählt.

Stimmenverhältnis: 18 Ja-Stimmen
- Nein-Stimme
- Enthaltung

(GV Trittau vom 30.01.2014) VZ, 1/100, 1/102, 1/121

Zu TOP 9: Klimaschutzkonzept

- a) Antrag der BGT-Fraktion
 - b) Beschluss über das Klimaschutzkonzept
 - c) Beschluss über Einstellung einer/eines Klimaschutzmanagerin/Klimaschutzmanagers
-

- Sachverhalt vgl. Sitzungsvorlage des Fachdienstes Grundstücks-, Gebäude- und Infrastrukturmanagement vom 15.01.2014 sowie Antrag der BGT-Fraktion vom 16.01.2014

Zu a) Antrag der BGT-Fraktion

GV Amann erhält das Wort und erläutert ausführlich den Antrag der BGT-Fraktion. Angesichts der bereits eingeleiteten zahlreichen Maßnahmen werde ein eigener Klimamanager nicht mehr benötigt. GV Amann verweist auf die Diskussion in anderen Städten wie z. B. Oldesloe, die hierüber auch z. T. kontrovers geführt werde. GV Hoffmann erhält das Wort, verweist auf GV Mann, der die letzte Sitzung des Bau- und Umweltausschusses geleitet habe. GV Mann erhält das Wort und verweist auf den einstimmig gefassten Beschluss zum Klimaschutzkonzept. Der Antrag der BGT wurde bereits im Ausschuss behandelt und sei mit einer Ja-Stimme, 3 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt worden. GV Ziemann erläutert ausführlich die Aufgaben der Klimamanagerin/des Klimamanagers, die/der koordinierend beraten und gemeinsame Projekte auf den Weg bringen solle. Die Verwaltung sei aus Personalkapazitätsgründen und auch aufgrund des fehlenden Sachverständes hierzu nicht in der Lage. GV Hoffmann verweist auf eine uneinheitliche Meinung in der CDU-Fraktion zum Thema, er sehe noch Beratungsbedarf, es werde kein Fraktionszwang bei der Abstimmung ausgeübt. Auf Nachfrage von GV Sierau berichtet BM Nussel, dass für die Einstellung der/des Klimamanagerin/-managers keine Zustimmung des Amtes erforderlich sei. Diese bzw. dieser werde in die Verwaltungskosten nicht mit einbezogen. GV Ziemann erläutert in diesem Zusammenhang, dass auch Sachkosten gefördert würden. GV Sierau führt umfangreich aus, weshalb der BGT-Antrag gestellt wurde. Die BGT habe seinerzeit bereits Bürgersolaranlagen forciert, der ÖPNV wurde mit der Buslinie 264 gefördert, die von der Gemeinde mitfinanziert wird. Hinsichtlich des Klimaschutzes sei teilweise eine Hysterie festzustellen, die wissenschaftlich nicht belegbar sei. Es schließt sich eine weitere Diskussion an.

Über den Antrag der BGT-Fraktion wird abgestimmt:

1. Die in der Haushaltsstelle eingestellt Summe zur Einrichtung einer Stelle Klimaschutzmanager/in ist zu streichen.
2. Die Summe dieser Haushaltsstelle wird im nächsten Nachtragshaushalt der Gemeinde 2014 für direkte Maßnahmen zum Klimaschutz bereitgestellt.
3. Die Verwaltung wird gebeten, Standorte für Fahrradstationen in Trittau vorzustellen (Studienseite 89) und die geschätzten Kosten für die Einrichtung dieser Stationen dem Bau- und Umweltausschuss zur Beratung bis zur Bau- und Umweltausschusssitzung am 13. März 2014 vorzulegen.
4. Die vorgesehene Personalstelle eines Klimaschutzmanagers ist nicht zu besetzen.

Stimmenverhältnis: 2 Ja-Stimmen
11 Nein-Stimmen
5 Enthaltungen

Damit ist der Antrag der BGT-Fraktion abgelehnt.

Zu b) Beschluss über das Klimaschutzkonzept

Beschluss:

Das vorliegende Klimaschutzkonzept wird entsprechend weiter zu priorisierender Projekte des enthaltenen Maßnahmenkatalogs umgesetzt.

Stimmenverhältnis: 12 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
5 Enthaltungen

Zu c) Beschluss über Einstellung einer/eines Klimaschutzmanagerin/Klimaschutzmanagers

Beschluss:

Der Bürgermeister wird gebeten, nach Sicherstellung der Zuschussgewährung die entsprechende Stelle einer Klimaschutzmanagerin/eines Klimaschutzmanagers auszuschreiben, die Stelle zeitnah zu besetzen und den Klimamanager mit der Umsetzung nach Nr. 1 zu beauftragen.

Stimmenverhältnis: 11 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen
5 Enthaltungen

(GV Tittau vom 17.12.2013) 1/300, 2/100, 2/4

Zu TOP 10: Bebauungsplan Nr. 31., 5. vereinfachte Änderung
Gebiet: Nördlich Großenseer Straße (L 93), südwestlich Carl-Zeiss-Straße, beidseitig Nikolaus-Otto-Straße;
hier: Auswertung der zur öffentlichen Auslegung (Dezember 2013/Januar 2014) abgegebenen Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss

- Sachverhalt vgl. Sitzungsvorlage des Fachdienstes Planung und Umwelt vom 24.01.2014 -

GV Martens verlässt wegen Befangenheit den Sitzungsraum.

GV Ziemann erläutert als Vorsitzender des Planungsausschusses ausführlich den Sachverhalt. Die WAS habe darauf hingewiesen, dass die Möglichkeit des Kfz-Handels mit aufgenommen werden sollte, dieses wird berücksichtigt. Der Landrat habe auf aktuelle Grundlagen des Umweltschutzes hingewiesen, diese würden nunmehr mit den aktuellen Grundlagen genannt. GV Ziemann weist darauf hin, dass es einen Fehler in der Sitzungsvorlage (Abwägungsempfehlung) auf Seite 3 gäbe. Ein Ausgleich für die entwidmeten Knicks habe im Verhältnis 1 : 2 zu erfolgen. Die Wohnungsnutzung sei zulässig, es gäbe noch Hinweise zum Brandschutz.

Anmerkung der Verwaltung:

In der Abwägung (Seite 3) wurde die Stellungnahme des Kreises (untere Naturschutzbehörde) wortgenau wiedergegeben. Die Behörde bezieht sich auf den aktuellen Knickerlass vom 11.06.2013, der unter dem Punkt „Knickschutz in Bauleitplanverfahren“ einen externen Ausgleich von 1:1 vorschreibt. Daher besteht kein Fehler im Abwägungspapier. Der Erlass sieht aber auch für eine Knickbeseitigung bzw. Knickverlegung, für die eine Ausnahme gemäß § 30 Abs. 3 BNatSchG i. V. m. § 21 Abs. 3 LNatSchG erforderlich ist, einen Ausgleich im Verhältnis 1:2 vor.

Da für die Beseitigung des Knicks im Rahmen des Bauleitplanverfahrens eine Ausnahmegenehmigung erforderlich ist, hat sich die Gemeinde für einen Ausgleich im Verhältnis 1:2 entschlossen.

GV Winter macht auf die Ausführungen in der Vorlage aufmerksam, dass der Erhalt und die Pflege der Knicks nur optimal gewährleistet werden könne, wenn diese im öffentlichen Eigentum stehen bzw. verbleiben und bestehende Knicks, die im Bauleitplanverfahren als private Grünfläche ausgewiesen werden, nach neuem Erlass als beeinträchtigt gelten. Diesbezüglich sollten weitere Informationen erfolgen, zumal in der Abwägungsempfehlung den Grundsätzen nicht bzw. nur teilweise gefolgt werde. BM Nussel befürwortet, der Beschlussempfehlung des Planers zu folgen. GV Hoffmann erläutert, dass der private Eigentümer einen entsprechenden Ausgleich schaffen wolle. Die alte Regelung gelte, da es sich auch um einen alten Bebauungsplan handele.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Ausführungen von GV Winter hinsichtlich des Knickerhaltes und -pflege entsprechen dem aktuellen Knickerlass. Die Abwägungsempfehlung kommt zum Ergebnis, dass kein Planungserfordernis für den restlichen festgesetzten Knick, der bereits in der 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 31 festgesetzt und rechtskonform abgearbeitet wurde, gesehen wird. Bis auf die Knickbeseitigung von 6 m erfolgt keine Änderung der Knickfestsetzungen. Des Weiteren gibt der Text (Teil B) konkrete Hinweise zum Umgang mit dem Knick(-schutzstreifen), die zu beachten und einzuhalten sind. Ebenso gibt es weder die Darstellung des Knicks als öffentliche noch als private Grünfläche gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB. Eine Änderung wird daher nicht für erforderlich gehalten.

GV Winter beantragt zunächst, dass die Abwägungsempfehlung hinsichtlich der Widersprüchlichkeit überprüft und ggf. der entsprechend der neuen Rechtslage angepasst werden solle. Die Mitglieder der Gemeindevertretung einigen sich darauf, diesen Passus im Rahmen des Beschlusstextes mit aufzunehmen.

Beschluss:

1. Die während der öffentlichen Auslegung des Entwurfs der 5. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Nr. 31 vorgebrachten Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange hat die Gemeindevertretung mit dem in der Anlage zu TOP 10 dieser Sitzungsniederschrift beschriebenen Ergebnis (Auswertung des Büros PLANLABOR Stolzenberg, Lübeck) geprüft.

Der Bürgermeister wird beauftragt, diejenigen beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und privaten Personen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

2. Aufgrund des § 10 BauGB beschließt die Gemeindevertretung die 5. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 31 für das Gebiet nördlich Großenseer Straße (L 93), südwestlich Carl-Zeiss-Straße, beidseitig Nikolaus-Otto-Straße, bestehend aus Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), als Satzung.
3. Die Begründung wird mit der Maßgabe gebilligt, dass die Abwägungsempfehlung hinsichtlich der Widersprüchlichkeit in Sachen Knickschutz überprüft und ggf. der entsprechend der neuen Rechtslage angepasst wird.
4. Der Beschluss der Bebauungsplanänderung durch die Gemeindevertretung ist nach § 10 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist anzugeben, wo der Plan mit Begründung während der Sprechzeiten eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Anzahl der Gemeindevertreter: 19

davon anwesend: 17

Ja-Stimmen: 17

Nein-Stimmen: keine

Stimmhaltungen: keine

Bemerkung:

Aufgrund des § 22 GO war folgendes Mitglied der Gemeindevertretung von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen; es war weder bei der Beratung noch bei der Abstimmung anwesend: Harald Martens

GV Martens betritt den Sitzungsraum. Die Vorsitzende gibt das Abstimmungsergebnis bekannt.

(GV Trittau vom 30.01.2014)

2/4, PLANLABOR

Zu TOP 11: 29. Änderung des Flächennutzungsplanes

Gebiet: Südlich Rausdorfer Straße (L 160), rückwärtig der Grundstücke Rausdorfer Straße 63 bis 73 (ungerade Hausnummern);

hier: Auswertung der zur erneuten öffentlichen Auslegung (Dezember 2013/Januar 2014) eingegangenen Stellungnahmen sowie abschließender Beschluss

- Sachverhalt vgl. Sitzungsvorlage des Fachdienstes Planung und Umwelt vom 24.01.2014 -

GV Amann und GV Lange verlassen den Sitzungsraum. GV Ziemann erläutert den Sachverhalt.

GV Graap führt aus, dass die Fraktion der Grünen den Beschluss ablehne und den Einwendungen der betroffenen Bürgerinnen und Bürger zustimme, da es sich hier um einen unverhältnismäßigen Eingriff in den Naturschutz handele.

Beschluss:

1. Die während der erneuten öffentlichen Auslegung (Dezember 2013/ Januar 2014) des Entwurfs der 29. Änderung des Flächennutzungsplanes vorgebrachten Stellungnahmen der Öffentlichkeit hat die Gemeindevertretung mit dem in der Anlage zu TOP 11 dieser Sitzungsniederschrift beschriebenen Ergebnis (Auswertung des Büros PLANLABOR STOLZENBERG, Lübeck) geprüft.

Der Bürgermeister wird beauftragt, die privaten Personen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

2. Die Gemeindevertretung beschließt die 29. Änderung des Flächenutzungsplanes.
3. Der Begründung wird gebilligt.
4. Der Bürgermeister wird beauftragt, die 29. Änderung des Flächennutzungsplanes zur Genehmigung vorzulegen und danach die Erteilung der Genehmigung nach § 6 Abs. 5 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist anzugeben, wo der

Plan mit der Begründung und der zusammenfassenden Erklärung während der Sprechstunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft erlangt werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Anzahl der Gemeindevertreter: 19

davon anwesend: 16

Ja-Stimmen: 13

Nein-Stimmen: 2

Stimmenthaltungen: eine

Bemerkung:

Aufgrund des § 22 GO waren folgende Mitglieder der Gemeindevertretung von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen; es war weder bei der Beratung noch bei der Abstimmung anwesend: Michael Amann, Peter Lange

GV Amann und GV Lange betreten den Sitzungsraum. Die Vorsitzende gibt das Abstimmungsergebnis bekannt.

(GV Trittau vom 30.01.2014)

2/4, PLANLABOR

Zu TOP 12: Anfragen und Mitteilungen

12.1 BM Nussel berichtet im Zusammenhang mit der bereits im Bericht des Bürgermeisters erwähnten Zunahmen von Asylbewerbern und Kriegsflüchtlingen über ein Treffen mit ehrenamtlichen Kräften, die eine Betreuung übernehmen möchten. U. a. waren fünf aktive bzw. gerade in Rente gegangene Lehrer dabei, die Sprachkurse übernehmen möchten. Eine Nachbarin einer Unterkunft ist bereit, eine Schularbeitenhilfe anzubieten. Bezüglich der Ausstattung von Hausrat soll zunächst eine Bedarfsermittlung erfolgen.

(GV Trittau vom 30.01.2014)

12.2 GV Welter-Agatz fragt an, inwieweit eine Prüfung der Legitimation von Beschlüssen des Schulverbandes angesichts der nicht repräsentierten Finanzverantwortung der Mitglieder in der Schulverbandsversammlung bereits in die Wege geleitet wurde. BM Nussel führt aus, dass er ein Schreiben an den Schleswig-Holsteinischen Gemeindetag und an das Innenministerium gerichtet habe. Letztlich müsse das Gesetz geändert werden, da angesichts der Mehrheitsverhältnisse kaum zu erwarten sei, dass der Schulverband die Satzung entsprechend ändert. Die Probleme seien dem Gemeindetag bekannt, sie bestünden auch in anderen Verbänden. Teilweise spiegele sich auch in Ämtern nicht die Finanzverantwortung repräsentativ wieder.

(GV Trittau vom 30.01.2014)

BM, 1/200, 2/200

12.3 GV Ziemann kritisiert, dass der Beamer im Sitzungssaal sich ständig in Stand-By-Schaltung befindet. Es sollte ein Schalter eingebaut werden, der die Totalabschaltung ermöglicht.

(GV Trittau vom 30.01.2014)

1/300

12.4 GV Amann spricht im Zuge der beabsichtigten Novellierung des Finanzausgleiches an, dass den Kreisen eine mögliche Kreiserhöhung offensichtlich erschwert werden soll und bittet, dieses so forcieren, um zu erwartende hohe Belastungen zu vermeiden. BM Nussel erläutert, dass dieses eine zentrale Forderung des Gemeindetages sei. Zwar hätten die meisten Gemeinden ein Einnah-

meplus zu erwarten, dieses werde bei möglichen Kreisumlageerhöhungen aber wieder zu Nichte gemacht, sie würden ins Minus geraten. Im Rahmen des Vortrages in Trittau habe der Innenminister verlautbart, keinen Genehmigungsvorbehalt in das Gesetz einbauen zu wollen, aber die Angelegenheit durch zusätzliche Darlegungspflichten der Kreise regeln zu wollen. Es bleibe abzuwarten, was der Landtag in der Sache beschließe.

(GV Trittau vom 30.01.2014) 1/200

12.5 GV Winter spricht den Zustand auf dem ehemaligen Firmengelände an der Waldstraße an und fragt, wie hoch der zukünftige Kita-Bedarf eingeschätzt werde. Bezüglich des Firmengeländes berichtet BM Nussel, dass das Ordnungsamt vor Ort gewesen sei und mit dem Eigentümer Sicherungsmaßnahmen abgestimmt habe. So sollten der Zaun und die Tore geschlossen werden. Eine Nachkontrolle ergab, dass den abgesprochenen Maßnahmen noch nicht ganz Folge geleistet wurde, so dass weitere Maßnahmen ergriffen werden. Bezüglich des Kita-Bedarfes sei beabsichtigt, im B-Plan 35 eine neue Kita einzuplanen.

(GV Trittau vom 30.01.2014) 2/100, 2/200

12.6 GV Lorenzen fragt an, weshalb jeder Gemeindevertreter einen Ausdruck des Klimaschutzkonzeptes als Tischvorlage erhalten habe. BM Nussel erläutert, dass vereinbart wurde, größere Drucksachen von der Verwaltung anfertigen zu lassen, da die Gemeindevertreter/innen ggf. mit den vorhandenen privaten Druckern hierzu nicht in der Lage seien und für sie zu hohe Kosten entstünden.

(GV Trittau vom 30.01.2014) 1/300

12.7 GV Hoffmann berichtet im Zusammenhang mit neuen Kita-Plätzen, dass die dritte Elementargruppe der Kita Kinderzeit noch nicht voll belegt sei und damit noch nicht den Betrieb aufgenommen habe, der aus Wirtschaftlichkeitsgründen erst ab 12 Kindern stattfinden solle.

(GV Trittau vom 30.01.2014) 2/200

12.8 GV Sierau regt an, hinsichtlich der neuen Buslinie 264 die Fahrgastzahlen zu überprüfen, um zukunftsweisende Entscheidungen treffen zu können. BM Nussel sagt eine entsprechende Recherche zu.

(GV Trittau vom 30.01.2014) 2/100

12.9 GV Sierau berichtet, dass in der Lütjenseer Straße offensichtlich der Busverkehr wieder aufgenommen wurde, es würden an den Haltestellen jedoch die Fahrpläne z. T. nicht ausgehängt sein. BM Nussel sagt eine Überprüfung zu.

(GV Trittau vom 30.01.2014) 2/100

12.10 GV Welter-Agatz fragt an, ab wann die HVV-Tickets in der Verwaltung verkauft würden. BM Nussel berichtet, dass dieses noch nicht sofort erfolgen konnte, da ein Personalwechsel stattfand und entsprechende Schulungen absolviert werden müssten.

(GV Trittau vom 30.01.2014) 1/100

12.11 Die Vorsitzende spricht die Beteiligung an der Ehrenamtsmesse am 16.02. an. GV Lange berichtet, dass auf einer Presseerklärung der Bürgerstiftung, an der er als Besucher teilnahm, er-

klärt wurde, dass die Anmeldeliste geschlossen wurde. Die Vorsitzende macht deutlich, dass sie sich dieses nicht vorstellen könne, da entsprechende Zusagen gemacht wurden. GV Ziemann kritisiert, dass nicht Parteien und Wählergruppen als solche teilnehmen könnten. Nach einer von GV Welter-Agatz angeregten Abstimmung über die Teilnahme wird nach Meldung von 5 Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern und in Erwartung der Teilnahme eines wählbaren Bürgers eine Anmeldung von der Vorsitzenden abgegeben werden.

(GV Trittau vom 30.01.2014) 1/100

12.12 Herr Martens fragt nach dem Stand in Sachen Altlastensanierung Bunsenstraße, ehem. Fa. Kluge. BM Nussel berichtet, dass der Kreis hinsichtlich der Höhe des Gemeindeanteils der Gemeinde nicht entgegengekommen sei, jedoch eine Ratenzahlung für den vereinbarten Gemeindeanteil über 3 Jahre angeboten habe. Das Angebot wurde angenommen.

(GV Trittau vom 30.01.2014) 1/301

Zu TOP 13 Einwohnerfragestunde (nur zu vorangegangenen Tagesordnungspunkten)

Herr Gajda fragt an, ob im Zuge des Wechsels der Parkplatzzuweisungen auch für zeitgemäße breitere Parkplätze für die Besucher/innen gesorgt werde. BM Nussel sagt dieses zu.

(GV Trittau vom 30.01.2014) 1/300, 2/100

Ende der Sitzung: 21.26 Uhr.

(Vorsitzende)

(Protokollführer)

Anlagen, die der Urschrift des Protokolls beizufügen sind:

- Sitzungsvorlagen zu TOP 5 – 11
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- Antrag der BGT-Fraktion
- Bericht der Europabeauftragten

Anlagen, die den Protokollkopien beizufügen sind:

- Bericht der Europabeauftragten